

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XVIII/117

Bonn, den 25. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 1a	<u>Deutsch-amerikanische Solidarität</u> Ein Kommuniqué, das verpflichtet	90
2 - 3	<u>Für den Frieden der Welt</u> Zum ersten Regierungsprogramm Paul VI. Von Peter Kellen, MdB	88
4 - 5	<u>Vor einem neuen Anfang</u> Nährungswechsel in der finnischen Sozialdemokratie Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	66
<u>Anhang:</u>		
6 - 7	<u>Brief nach Helsinki</u> Von Herbert Wehner, MdB Stellvertretender Vorsitzender der SPD	81

Chefredakteur Günter Markscheffel  
(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

25. Juni 1963

Deutsch-amerikanische SolidaritätEin Kommuniqué, das verpflichtet

Der 70. Geburtstag des sowjetischen Statthalters auf deutschem Boden, des Herrn Ulbricht, war gewiß nur der Vorwand, der Chruschtschow zu der alle Welt überraschenden Ankündigung bewog, er werde, drei Tage nach dem Ende des Arbeitsbesuches Kennedys in der Bundesrepublik und Westberlin, Ostberlin mit seiner Anwesenheit beehren. Ulbricht bedarf aus sowjetischer Sicht gesehen dringend einer Aufwertung. Auch er und sein Regime konnten sich den Auswirkungen des Kennedy-Aufenthaltes nicht entziehen. Das überaus herzliche Willkommen des deutschen Volkes, das dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu teil wurde, sein unmißverständliches Bekenntnis für die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Freiheit und des Friedens, seine Versicherung, die Vereinigten Staaten betrachteten jeder Angriff auf Westberlin und die Bundesrepublik als gegen sich gerichtet, hat auch die Bevölkerung Mitteldeutschlands vernommen.

Die Botschaft der Freiheit und der Solidarität, die Kennedy dem ganzen deutschen Volk überbrachte, hat auch für den Teil Deutschlands Geltung, der noch unter Fremdherrschaft und Unterdrückung leidet. Sie dringt auch über die neuen barbarischen Abschnürungsmaßnahmen, die Ulbricht errichten ließ. Ulbricht und seine Auftraggeber wollen die Spaltung Deutschlands zementieren und darauf eine "Friedensordnung" aufbauen. Die Vereinigten Staaten aber sehen in der wirklichen Zerreißung von Völkern und Staaten eine dauernde Quelle der Jähre, und sie befinden sich dabei in Übereinstimmung mit allen Deutschen dies- und jenseits der sie trennenden Grenzen. Eine Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, wohl der erste Punkt auf der weltpolitischen Tagesordnung, wird nicht auf Kosten des deutschen Volkes erfolgen; was die einen grundlos befürchteten und an Jere erhofften, ist durch Kennedys Auftritt gegenstandslos geworden.

Die Übereinstimmung zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten erstreckt sich auf alle lebenswichtigen Fragen. Kennedys Hauptsorge gilt der möglichen Verbreitung von Atomwaffen, der Festigung der NATO und der Entwicklung einer weltweiten Partner-

schaft zwischen einem noch zu vereinigenden größeren Europa und den Vereinigten Staaten. Die Ziele sind gesteckt, die Wege dahin sind freilich beschwerlich und nicht frei von Hindernissen. Gewiß konnte niemand erwarten, daß Bonn und Washington den Sonderritt, den sich de Gaulle mit der Herausnahme von neuen Teilen der französischen Flotte aus der Kommandostruktur der NATO leistete, öffentlich verurteilten. Nicht nur sündigte de Gaulle gegen den Geist des französisch-deutschen Abkommens, indem er die deutsche Regierung vor diesem Schritt nicht konsultierte, er ließ wiederum einen Riß im Bündnis des Westens offenbar werden, der die Männer des Kremls in ihrem Glauben bestärken mag, die westliche Welt wäre zu einheitlichen Aktionen und Zielsetzungen nicht fähig. Die Bundesregierung hat sich nun in dem über den Kennedy-Besuch veröffentlichten Kommuniqué eindeutig auf die übergeordneten Aufgaben des atlantischen Verteidigungsbündnisses festgelegt und sie wird gut daran tun, dieser Feststellung bei dem bevorstehenden Besuch de Gaulles jenen Rang zu verleihen, der ihr zukommt. Ein offenes Wort unter Freunden wird nötig sein, um schwerwiegende und folgenreiche Mißverständnisse zu vermeiden. Das gilt besonders für die im Juli anstehenden Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Einstellung der nuklearen Testversuche, die aus drücklich unter dem für beide Seiten zwingenden Gebot stehen, die Zahl der Atomwaffen besitzenden Mächte nicht zu vermehren. De Gaulles Bestreben, auf diesem Gebiet Gleichwertigkeit mit beiden Weltmächten zu erreichen, dient nicht der Allianz, von der unsere Sicherheit, Wohlfahrt und Freiheit abhängt.

Sicherheit, Wohlfahrt und Freiheit sind in einer Welt gegenseitiger Abhängigkeit unteilbar, keine Nation kann sie für sich allein erreichen. Findet diese Erkenntnis ihren Niederschlag auch immer in der praktischen Politik? Gewaltige Anstrengungen müssen noch unternommen werden, um solchen Erkenntnissen Inhalt und Gültigkeit zu verleihen. Das Gewicht der Bundesrepublik im Bündnissystem der westlichen Welt ist stärker geworden, Entscheidungen kommen auf sie zu, für die sie noch nicht recht vorbereitet zu sein scheint. Der Kennedy-Besuch schärfte den Blick für die weltweite Verantwortung, die wir als Volk in Spannungsfeld des Kalten Krieges tragen und die uns niemand abnehmen kann; ihr gemeinsam mit unseren Verbündeten gerecht zu werden, bleibt die uns allen gestellte Aufgabe.

Für den Frieden der Welt

Zum ersten Regierungsprogramm Paul VI.  
Von Peter Nellen, MdB

Alle Verlautbarungen, die vom Vatikan kommen, besonders aber die Reden und Schreiben des Papstes selbst haben ihren strengen und genauen Stil. So ist zum Beispiel das Gedenken, das ein neuer Papst seinen Vorgängern widmet, eine ausgesprochene Anerkennung der von allen Päpsten durchgehaltenen Tradition und der Fortdauer der Lehre und Disziplin. Die Persönlichkeit des Einzelnen tritt hinter seinen Amte zurück.

Paul VI. gedenkt in seiner ersten großen Rundfunkansprache, die insbesondere an die Kardinäle gerichtet ist, seiner drei letzten Vorgänger: des kraftvollen und mutigen Pius XI., der unbekümmert um jahrzehntelange konservative und geschichtsfremde Zurückhaltung den Frieden zwischen Vatikan und Italien schloß, damit tat er etwas, was man lange Zeit für unmöglich gehalten hatte, er versöhnte Rechtsansprüche mit gewandelten politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen und Realitäten. Pius XII. wird als der große Lehrer gedacht. Eine ganze besondere Würdigung, die über das Gewöhnliche hinausgeht und besondere Verwandtschaft und Hinneigung bekundet, wird seinem unmittelbaren Vorgänger Johannes XXIII. zuteil. Diese Worte zeugen nicht nur von einer starken inneren Bewegung und menschlich-persönlicher Verbundenheit mit dem Rencalli-Papst, Sie haben programmatischen Charakter.

Paul VI. bekennt sich zu dem ausgeprägten seelsorglichen Zug, zu der Größe des Herzens, dem Weitblick und der Kühnheit, die vor diesem Papst auf alle ausstrahlte und eine einmalige Anziehungskraft ausübte. Damit bekennt er sich in seinen Grundauffassungen zur Fortsetzung des Wirkens seines Vorgängers.

Der bedeutendste Teil seines Pontifikats wird ausgefüllt sein mit der Fortsetzung des zweiten vatikanischen Weltkonzils. Über die Grenzen seiner Kirche und aller Anlässlichkeiten sieht er die Augen an zähliger Menschen guten Willens auf dieses Konzil gerichtet. Größe und Erhabenheit der Gedanken und Lehren, gegenwartsmächtige Geislichkeit, Erneuerung der innerkirchlichen Ordnungen, vielfältige und wirklichkeitsnahe Anstrengungen scheinen ihm geboten. Auf der gleichen Linie liegt die Revision und Anpassung des Kirchenrechtes an die Notwendigkeiten unserer Zeit.

Dann aber greift er weiter aus. Man spürt geradezu, wie er sich auf den deutlichen Spuren und Gleisen der beiden größten Weltredeschreiber Johannes XXIII., "Mater et Magistra" (Mutter und Lehrmeisterin) und "Pacem in Terris" (Frieden für die Welt) bewegt. Für ihn liegt es nicht außerhalb der Pflichten und Aufgaben des römischen Papstes, an der Festigung der Gerechtigkeit in gesellschaftlichen und

politischen Leben mitzuarbeiten. Das ist heute bestürzend bedeutsam, vor allem auf der internationalen Ebene. Die Ordnung weltweiter Solidarität ist für ihn der Erweis dessen, was der gläubige Christ "Nächstenliebe" nennt. Daraus ergibt sich eine ebenfalls weltweite Forderung nach einer ständig besseren und gerechteren Lösung unserer sozialen Probleme. Die oft menschenunwürdigen Verhältnisse der Entwicklungsländer werden angesprochen. Aus ihnen ergibt sich die strenge Forderung nach ihrer Unterstützung und Hilfe. Der allgemeine Lebensstandard muß gehoben werden. Das Entscheidende aber ist, daß in dieser einen Welt, die sich der planetarischen Räumen öffnet, es zu einer allgemeinen gegenseitigen Zusammenarbeit kommen muß. Ohne sie ist jeder Fortschritt auf das Äusserste gefährdet.

Deswegen bekennt sich Paul VI. zur Sicherung des Friedens. Auf die Gefahren des heutigen Weltzustandes in seiner Blockbildung und den unvorstellbar gefährlichen Spannungen weist er deutlich hin. Der Friede kann nicht darin bestehen, daß man sich nicht unmittelbar kriegerisch und bewaffnet auseinandersetzt. Er fordert vielmehr den dauernden entschiedenen Willen zur Achtung der gegenseitigen Rechte und Lebensinteressen und eine solidarische Zusammenarbeit. Überall muß ein guter Wille zum Zusammenleben und Überleben am Werk sein. Es geht um das Wohl der gesamten Menschheit. Für dieses Ziel muß man zur gewissen Übereinstimmung und zur Zusammenarbeit kommen. Der Papst ruft deswegen auf zu einer offenen, loyalen, letzten Endes großmütigen Eintracht auf dem Fundament gegenseitiger Achtung. Nur so kann eine großartige friedliche Entwicklung der Menschheit weitergehen, der menschlichen Freiheit Raum gegeben, ja die Menschheit überhaupt gerettet werden.

Das ist die Sprache seines großen Vorgängers und zugleich ein Bekenntnis, dessen Bemühungen fortzusetzen. Der Papst befindet sich damit in einer bemerkenswerten Übereinstimmung zu den ebenfalls klaren, nüchternen und ungewöhnlich wirklichkeitsnahen beiden letzten Reden des amerikanischen Präsidenten. Es kann der Menschheit und der Entwicklung weltpolitischer Verfassungen nur zugute kommen, wenn solche Stimmen sich im Übereinklang befinden. Erhaltung des Friedens ist das erste und letzte Wort. Ihn zu verstärken und religiös-sittlich, besonders auch vom christlichen Glauben her zu untermauern, soll auch das Konzil als Vorbereitung einer Wiedervereinigung im christlichen Glauben dienen. Die nichtkatholischen Christen spricht er auf eine Art und Weise an, wie sie noch vor einem halben Jahrzehnt kaum denkbar war. Er spricht von dem strahlenden Glanz der Werte ihrer Geschichte und Kultur und von den Schätzen eines überaus reichen geistlich-religiösen Erbes. Jede Verstärkung der christlich-religiösen Einheit und Zusammenarbeit muß der gesamten Welt und Menschheit zugute kommen.

+ + +

Vor einem neuen Anfang

Führungswechsel in der finnischen Sozialdemokratie  
Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Neue Möglichkeiten für eine positive politische Entwicklung in Finnland hat der sozialdemokratische Parteitag in Helsinki geschaffen. Mit Männern wie den neugewählten Vorsitzenden Rafael Paasio und Karl August Fagerholm an der Parteispitze besteht erstens die Hoffnung, daß "die Austrecher", d.h. die linkssozialistische Oppositionsgruppe, nunmehr zurückkehren werden, falls eine Brücke gebaut werden kann. Zweitens - was für die ganze finnische Nation von hervorragender Bedeutung sein würde - besteht Anlass zu der Annahme, daß es möglich ist, neue Kontaktpunkte zu finden zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Agrarpartei. Dies hängt von der Agrarpartei - was wiederum Ministerpräsident Karjalainen und Staatspräsident Kekkonen heißt - ab, weiß diese Partei seit vielen Jahren eine erbitterte Kampagne gegen die Sozialdemokratie führt. Es dürfte heute möglich sein, eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und der Agrarpartei zustande zu bringen, erklärte Rafael Paasio nach dem Parteitag. Wenn diese Hoffnung in Erfüllung ginge, würde Finnland wieder eine "rot-grüne Koalition" haben, so wie es in den Jahren zwischen 1951 und 1957 der Fall war. Diese Zeit steht für sehr viele Finnen in einer angenehmen Erinnerung, und auch heute würde das politische Zusammengehen der Sozialdemokraten und der Agrarpartei eine erhebliche Stärkung der demokratischen Kräfte bedeuten.

Nun muß sich zeigen, ob die führenden Männer der Agrarpartei sich zu einem neuen Anfang durchringen können, nachdem das sozialdemokratische "Schreckgespenst" in Gestalt von Väinö Tanner die Arena verlassen hat und sein "Kronprinz", Parteisekretär Väinö Leskinen auf dem Parteitag abgewählt wurde. Diese zwei Politiker sind es, die als Hauptanlass zu den Angriffen der Agrarpartei und die heftigen Vorwürfe der Russen hingestellt wurden. Wird sich das ändern? In der Beantwortung dieser Frage liegt die innenpolitische Zukunft Finnlands. Falls es stimmt, daß Moskau und die Agrarpartei die Personen Tanner und Leskinen als Hindernis für eine rot-grüne Regierungszusammenarbeit aufgefaßt hätten, dann ist dieses Hindernis weggeräumt. Falls es aber - was viele befürchten - den Agrariern und den Russen darum geht,

die finnische Sozialdemokratie überhaupt in der politischen Isolation zu halten; dann wird auch nicht die "Palastrevolution" auf dem sozialdemokratischen Parteitag die Lage ändern können. Das muß sich sehr schnell zeigen.

Der jüngere, moderne Rafael Paasio, der als Präsidentenkandidat vor eineinhalb Jahren nominiert wurde, und der erprobte, von allen Seiten für seine Vermittlungseigenschaften respektierte Karl August Fagerholm haben sich in jedem Fall die Aufgabe gestellt, einen neuen Anfang zu machen. Als Kompromiß gegenüber der Tanner-Linie wurden der Generalsekretär Karlo Pitsinki und Olavi Lindblom wieder in den Parteivorstand gewählt. Seit längerer Zeit wird zwischen der Partei und den "Ausbrechern" - die Simonen-Sozialisten, die aus Protest gegen Tanner aus der Partei austraten und ihre eigene "sozialdemokratische Oppositionspartei" bildeten - um die Wiedervereinigung verhandelt. Für diese politische Wiedervereinigung bestehen heute größere Möglichkeiten. Das gilt leider nicht für die gewerkschaftliche Situation, die durch die Spaltung in zwei Gewerkschaften - die sozialdemokratisch geführte Landesorganisation und die von den Kommunisten und Simonisten beherrschte fachliche Zentralorganisation - FFC - und die Abspaltung weiterer, die weder zur einen noch zur anderen Zentralorganisation gehören wollen, geprägt ist. Aber auch hier könnte die sozialdemokratische Kursänderung, die auf dem Parteitag in Erscheinung trat, eine Verbesserung herbeiführen, wenn die "Shogo-Leute" in die Mutterpartei zurückkehren.

Alles in allem werden die Ergebnisse des Parteitages in weiten Kreisen Finnlands sowie in den anderen nordischen Ländern positiv beurteilt. Einigkeit besteht darüber, daß die finnischen Sozialdemokraten den Weg bereitet haben für eine neue Periode in der Politik Finnlands und daß die erste Folge eine Beruhigung der innenpolitischen Atmosphäre sein wird, falls auch Moskau sich ruhig verhält und nicht neue Vorwände für Einmischungen und indirekte Pressionen findet.

+ + +

25. Juni 1963

Brief nach Helsinki

Von Herbert Wehner, MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Lieber Freund !

Seitdem ich von Eurem Parteikongreß zurückgekehrt bin, habe ich in vielen Zeitungen kurze Berichte und längere Artikel über das Hauptereignis des Parteikongresses gelesen. Als das Hauptereignis wird darin übereinstimmend der Wechsel in der Parteiführung betrachtet, dem gegenüber die sachliche Erörterungen und Entscheidungen über politische Schritte und Absichten der sozialdemokratischen Partei nur ganz beiläufig oder gar nicht erwähnt werden. Das ist nicht etwa böse Absicht der Verfasser dieser Zeitungsartikel. Nein, die Information über Finnland ist so kärglich, daß kaum jemand instande ist zu beurteilen welche Bedeutung Sachentscheidungen haben können. So bleibt denn als beherrschender Eindruck der Personenwechsel in der Spitze der Partei, der mehr oder weniger zutreffend als Ausdruck für politische Richtungskämpfe oder Richtungswechsel gewertet wird.

Für den Leser hier sieht es so aus, als habe die Sozialdemokratische Partei Finnlands mit dem Ausscheiden Tanners und der Wahl von Paasio zum Vorsitzenden der Partei dem Druck nachgegeben, der von außen und innen auf sie ausgeübt wird. Niemand vermag sachgemäß zu beurteilen, was es tatsächlich bedeutet, daß einerseits Lestinen, der mit Lindblom bisher stellvertretender Vorsitzender war, nicht wiedergewählt worden ist, während Lindblom wiedergewählt wurde. Es wird hier und da Kenntnis davon genommen, Paasio habe es zur Bedingung für die Annahme seiner Wahl zum Parteivorsitzenden gemacht, daß Tanner und andere, die man als "Belastung" für das Verhältnis Finnlands zur Sowjetunion zu bezeichnen pflegt, nicht wieder in den Parteivorstand gewählt werden. Über die politische Akzentuierung, die mit Personenrouten verbunden ist, kann sich niemand eine auch nur einigermaßen zutreffende Vorstellung machen. So bleibt bei vielen Lesern der Eindruck, es habe sich mit dem Personenwechsel etwas vollzogen, das die politische Richtung der Sozialdemokratischen Partei Finnlands ändern wird.

Wenn ich mir vergegenwärtige, wie herzlich die Delegierten des Parteikongresses durch einen für Eure Ausdrucksformen ungewöhnlichen Beifall die Grüße Willy Brandts aufnahmen, die ich überbrachte, wenn ich mich an den sehr starken Widerhall erinnere, der meine Versicherung erfuhr, wir deutschen Sozialdemokraten kennen die Umstände, unter denen unsere finnischen Freunde leben und politisch wirken müssen, und daß wir daran festhalten werden, der finnischen Sozialdemokratie gute und zuverlässige Freunde zu sein, in jeder Wetterlage, so komme ich mir wie ein Mann vor, der etwas weiß, das die meisten anderen hier falsch einschätzen. Das gilt für das Ausmaß des auf die Sozialdemokratische Partei Finnlands von aussen und innen "asynchronisiert" ausgeübten Druckes wie für die moralische und politische Substanz Eurer so hart bedrängten und geprüften Partei.

Paasio, Euer zumehriger Parteivorsitzender, hat eine schwierige Aufgabe übernommen. Hier und wohl auch in den meisten anderen Ländern weiß man viel zu wenig, daß er der Kandidat der Sozialdemokraten bei



25. Juni 1963

der vorherigen Präsidentschaft gewesen ist, der tapfer sich zur Wahl stellen ließ, nachdem unter massivem äusseren Druck der Sammelkandidat Honka, hinter den sich mehrere demokratische Parteien gestellt hatten, seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Man vermag sich hier kein richtiges Bild von Euren Vorsitzenden zu machen, weil man fast nichts über die Wechselfälle und tatsächlichen Ereignisse im politischen Tauziehen um und in Finnland weiß. Nur wenige finden sich zurecht in dem Hin und Her der Spaltungen, denen die Sozialdemokraten Finnlands, die Gewerkschaften und die Sportbewegung in den letzten Jahren ausgesetzt waren. Deshalb können die meisten eben gar nicht beurteilen, wie falsch die Vorstellung ist, die intakt gebliebene Sozialdemokratische Partei könnte einen Vorsitzenden gewählt haben, mit dem sie nun - nachdem sie die Stürme der Spaltungen überstanden hat - sich selbst denjenigen ausliefert, die sie während all dieser Jahre unter äusserem und innerem Druck zu erpressen oder auszulöschen versucht haben.

Ich bin mit zwei starken Eindrücken von Eurem Parteikongress heimgekehrt:

1. Wie fest Euer Wille ist, Euch nicht zu einer Satellitenpartei und Euer Land nicht zu einem Satellitenland machen zu lassen.
2. Wie systematisch immer noch der äussere und der innere Druck gegen die Sozialdemokratische Partei Finnlands ausgeübt wird, der Euch das Rückgrat brechen soll.

Ihr verdient es wahrhaftig, daß Ihr in der internationalen Gemeinschaft der sozialdemokratischen Parteien und vor den Demokraten in aller Welt geehrt und moralisch gestützt werdet. Es ehrt Euch und es kennzeichnet Euch, daß Ihr in Eurer bedrängten Situation in harter Auseinandersetzung mit den Kommunisten (die sich ja bei Euch listig "Volksdemokraten" nennen) und ihren Protektoren in der Agrarpartei so mutig über die Mauer in Berlin sprecht, während die Drahtzieher von draussen und drinnen um Euch selbst einen Zaun zu errichten suchen, der Euch isolieren und ohnmächtig machen soll.

Seid der Solidarität der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewiß!

Wir wissen, daß Ihr Euch nicht davon abbringen lassen werdet (weder durch Druck, noch durch Verlockung), die Sozialdemokratische Partei Finnlands als eine einige und selbständig handlungsfähige politische Kraft zu erhalten und wieder zur Geltung zu bringen. In diesem Willen werdet Ihr auch die folgenden Versuche überwinden, Euch in Abhängigkeit zu nötigen oder zu locken. Euerem Land und Volk leistet Ihr damit einen unschätzbaren Dienst. In herzlicher Verbundenheit grüße ich durch Dich alle Freunde.

E u e r

Herbert Wehner

\* \* \*